Nr. 102. 82. Jahrgang

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 31307 Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden
und für die Gemeinden: **Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld**
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, -Neugruna und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährl. 9.— ausschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8.40, monatlich 2.80.

Blasewitz
Mittwoch, 5. Mai 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textteile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Die Lage des deutschen Protestantismus in Polen.

D. E. K. In der preußischen Generalsynode ist von sachkundiger Seite über die Lage der evangelischen Kirche und Schule in den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten ein Bericht erstattet worden, von dem man wünschen sollte, daß er überall in Deutschland, aber auch im Ausland, besonders im protestantischen Ausland, bekannt und gewürdigt wird. Es ergibt sich aus ihm, daß die polnischen Zeitungen, die von „Greueltaten" der Minderheiten im neuen Polen soviel zu erzählen wissen, die Tatsachen schlechthin auf den Kopf stellen. Polens kulturelle Politik beginnt im wesentlichen wiederum da, wo im alten Polen die von den Jesuiten geleitete Ketzerverfolgung aufgehört hat.

Betrachten wir die Schulverhältnisse. Schon jetzt sind an hundert Lehrerstellen an evangelischen Volks- und Mittelschulen unbesetzt. Die Zahl wächst ständig. Die Simultanschulen hat man aufgelöst, die Schulhäuser aber sind meist den katholischen Schulen überwiesen, für die evangelischen Kinder gibt's, wenn überhaupt, nur noch unzureichende Räume. Eine ganze Reihe evangelischer Schulen, darunter Stiftungsgemäß evangelische, sind aufgelöst worden. Nach Mitteilungen der polnischen Regierung im amtlichen Schulblatt der Provinz Posen sind im Jahre 1919 81 Schulen der Umwandlung in polnisch-katholische Schulen anheimgefallen. Hunderte von evangelischen Kindern sind ohne Schule und Religionsunterricht, andere erhalten den Unterricht vertretungsweise in einigen wenigen Wochenstunden, viele haben 6, 7 und mehr Kilometer Wegs zu den Schulen zurückzulegen, denen sie überwiesen sind. Die meisten deutschen Gymnasien und höheren Lehranstalten sind in polnische Lehranstalten umgewandelt und an den wenigen deutsch gebliebenen sind unter rücksichtsloser Beseitigung deutscher immer mehr polnische Lehrkräfte angestellt, darunter solche, die der deutschen Sprache kaum mächtig sind. Die Posener Provinzialsynode der evangelischen Kirche hat entschieden Einspruch gegen die Aufhebung lebensfähiger evangelischer Schulen eingelegt und Bereitstellung ausreichender Mittel zur Deckung der Kosten des evangelischen Minoritätenunterrichts gefordert.

Auch auf dem rein kirchlichen Gebiet hat die Posener Provinzialsynode Forderungen erheben müssen, die, wenn die Kirche weiter bestehen soll, unbedingt erhoben werden müssen. Neben der Glaubensfreiheit und dem Recht unbehinderter Religionsausübung kann die Kirche das Selbstbestimmungsrecht nicht entbehren. Sie muß sich ihre leitenden Behörden selbst aus ihrer Mitte bestellen und muß den ideellen und organischen Zusammenhang mit der Mutterkirche in Preußen aufrechterhalten.

Aber nicht einmal die Glaubensfreiheit ist im neuen Polen voll gewährleistet. Fast in allen Gottesdiensten finden sich Beauftragte, die die Prediger überhören und nach polenfeindlichen Aeußerungen suchen, für die dann, wie in einem Fall, ohne Richterspruch ohne weiteres polizeiliche Geldstrafe — 1000 Mark — verhängt werden. „Bibelstunden" gelten als Versammlungen, die angemeldet werden müssen; ein Geistlicher, der solche in einem Schulhaus ohne Anmeldung abhielt, wurde bestraft.

Auf das äußerste gefährdet ist das Selbstbestimmungsrecht. Das Warschauer Ministerium hat neuerdings den Beschluß gefaßt, das jetzige Konsistorium zu beseitigen und durch ein von der polnischen Regierung ernanntes zu ersetzen. Man kann sich denken, wie das aussehen wird. Dazu hat die Posener Behörde kategorisch gefordert, daß mit dem 1. Oktober d. Js. auch in der inneren Verwaltung des Konsistoriums die polnische Geschäftssprache zu gelten habe. Die Polen bekämpfen denn auch den Gedanken weiterer Verbindung mit der preußischen Muttersprache. Die Posener Provinzialsynode hat ausdrücklich erklärt, daß der Zusammenhang ausschließlich kirchlich und frei von jedem staatlichen Einfluß sein soll. Die polnische Regierungsbehörde in Posen aber scheint über das Selbstbestimmungsrecht der evangelischen Kirche einfach zur Tagesordnung übergehen zu wollen. Sie hat Ende 1919 nicht bloß die staatlichen Zuschüsse, sondern auch die Bezüge eines kirchlichen Zentralfonds und die Synodalgelder gesperrt und macht die Auszahlung vom Zusammentritt einer verfassunggebenden Synode abhängig. In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit war die Ausführung dieses Wunsches nicht möglich. Die Provinzialsynode hat infolgedessen eine Notverfassung beschlossen, die auch für den abgetretenen Teil der Provinzen Westpreußen und Ostpreußen gilt. Die Generalsynode hat dieser Notverfassung zugestimmt. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, und die Posener Provinzialsynode hat es in ihren Beschlüssen zum Ausdruck gebracht, daß die evangelischen Gemeinden im abgetretenen Gebiet sämtlich auf dem Standpunkt stehen, an ihrem Selbstbestimmungsrecht festzuhalten. Der Zusammenhang mit der unierten evangelischen Kirche in Preußen gilt ihnen ausnahmslos als ein natürliches Recht. Wir werden abwarten, ob der polnische Staat wirklich das Band der Glaubensgemeinschaft, der geschichtlichen Entwicklung und der gleichen Einrichtungen zerreißen wird, das die abgetrennten Gemeinden mit ihrer Mutterkirche verbindet. Tut er es, so kann es ihm nur auf dem Wege der Gewalt, der Gewissensknechtung und kirchlichen Verfolgung gelingen, aber solche Gewalttat wird niemals von der evangelischen Kirche anerkannt werden, und einst wird kommen der Tag, wo auch die polnische Ketzerverfolgung ihr Ende und ihre Sühne findet.

Politische Nachrichten.

Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 3. Mai. Nach einer Bekanntgabe in der Sitzung der Gewerkschaften findet die Neuwahl des Reichspräsidenten in der ersten Augustwoche statt. — (Man muß abwarten, ob diese Meldung auch von amtlicher Seite bestätigt wird. Merkwürdig wäre es dann allerdings, daß das deutsche Volk diese Nachricht erst über den Weg der Gewerkschaften erfährt. Existiert doch noch eine Nebenregierung? Die Schriftleitung.)

Die Reichstagswahlleiter.

Berlin, 3. Mai. Der Reichsminister des Innern hat zum Reichstagswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes Delbrück und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamtes Dr. Tenius ernannt.

Eine neue Note an die Entente.

Eine Note der deutschen Regierung an die Entente ersucht, nachdem die neutrale Zone von den deutschen Truppen geräumt ist, um unverzügliche Räumung Frankfurts und des besetzten Mainganes. — (Nun, muß es sich ja erweisen, welches Spiel Frankreich spielt, ob es Frankfurt auch weiterhin als „Faustpfand" zu neuen Erpressungen benutzen will oder ob es getreu seinen Versprechungen die Truppen nun zurückziehen wird. Die Schriftltg.)

Der deutsche Minister des Aeußern über San Remo und Spa.

WTB. verbreitet nachstehende Meldung: In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Az Est äußerte sich der deutsche Reichsminister des Aeußern Dr. Köster über das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo, daß dasselbe keineswegs zu übergroßen Hoffnungen berechtigte. Daran hindere schon der Passus in der amtlichen Havas-Erklärung, wonach sich die Entente die Beietzung weiteren deutschen Gebietes als Zwangsmaßnahme vorbehalte, die weder in den Buchstaben noch in dem Geiste des Friedensvertrages begründet ist noch mit dem Geist und den Prinzipien des Völkerbundes in Einklang zu bringen ist. Unser Schritt hinsichtlich der Beibehaltung des 200 000-Mann-Heeres soll ungünstig auf die Entente eingewirkt haben. Unsere letzte Denkschrift darüber faßt lediglich die Argumente zusammen, die unsere Geschäftsträger in London und Paris zu wiederholten Malen gegenüber den alliierten Stellen der Gegenseite betont haben. Die Frage der Beibehaltung des 200 000-Mann-Heeres muß bis 10. Juli entschieden sein. Hätten wir bis dahin mit unseren Gegenvorstellungen gewartet, so hätte uns die Entente später vorwerfen können, daß wir die Dinge an uns herantreten lassen, um ihr plötzlich die Pistole auf die Brust zu setzen. Wir sind bestrebt, alles zu tun, um den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Dazu müssen wir unseren Gegnern Klarheit verschaffen über das, was wir brauchen, und über das, was wir geben können. Die Möglichkeit der mündlichen Aussprache in Spa gibt uns Gelegenheit, endlich aus dem fruchtlosen Stadium des Notenwechsels herauszukommen. Wir gehen nach Spa in der Hoffnung, daß mit den dortigen Besprechungen die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in die dem allgemeinen Interesse dienenden richtigen Bahnen geführt wird. In dieser Richtung wünsche ich auch den jetzt in ein ernstes Stadium gelangten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Fortgang. Aber unbedingt müssen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, welche dem nationalen Empfinden jedes Volkes, das noch etwas auf sich und seine Ehre hält, tödliche Wunden zu schlagen geeignet sind. Daher hoffe ich, daß mit der Räumung des Mainganes nunmehr baldigst der erste Schritt gegenseitiger Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen militärischen Umgruppierungen werden von uns beschleunigt ausgeführt werden.

Umsiedlung Kaiser Wilhelms.

Rotterdam, 3. Mai. Laut „Nieuwe Rotterd. Courr." siedelt der vormalige Deutsche Kaiser am 12. d. Mts. von Amerongen nach seinem neuen Wohnsitze Haus Doorn über.

Nicht genug Butter auf dem Frühstückstisch.

Wir haben es nun schwarz auf weiß, daß wir in einem geradezu unerhörten Ueberfluß an Dingen leben, die anderswo zu den Raritäten gehören. Soeben erläßt das schweizerische Bauernsekretariat eine Bekanntmachung, in der es feststellt, daß die schweizerische Milchwirtschaft vor einer gewaltigen Aufgabe steht — nämlich der, ihren Ueberschuß an den Mann zu bringen. Eine schwere Krisis, heißt es weiter, könne nur verhindert werden, wenn der Konsum an Milch, Butter und Käse vermehrt werde. Milch statt Fleisch, denn sie sei wesentlich billiger! „Namentlich möchten wir auch die Wirte und Hoteliers ersuchen, den Gästen wieder mehr Milch, Butter und Käsespeisen vorzusetzen. Es scheint uns geboten, daß das nahrhafte schweizerische Frühstück wieder eingeführt wird. Ein mit viel Milch, Butter, Käse und Honig wohl versehener Frühstückstisch steht dem schweizerischen Gasthofe wohl an. Wer in die Schweiz kommt, erwartet hier vor allem, reichlich und gute Milch, Butter und guten Käse zu finden." Auch die Ursachen dieser selbst die besten Friedenszeiten überbietenden Ueberproduktion werden nicht verschwiegen: Amerika hat jetzt selbst drei Millionen mehr Milchkühe als vor dem Kriege, und die Zentralmächte können wegen der Valuta nicht kaufen. Diese Valutawirtschaft stellt Gegensätze direkt nebeneinander: In Deutschland müssen die Säuglinge massenhaft sterben, weil sie auch nicht im bescheidensten Maße mit Milch versorgt werden können, zumal wenn Frankreich und Belgien nach dem Zwangsvollstreckungsverfahren des Versailler Vertrages uns erst unsere letzten guten Milchkühe weggeholt haben. Und in der Schweiz müssen die Bauern um einen Mehrverbrauch an Butter und Milch auf den Frühstückstischen der sich in allen schweizerischen Gasthöfen breit machenden internationalen Schieber und Kriegsgewinnler ersuchen. Zu solch herrlichen Zuständen hat uns dieser „Friede der Gerechtigkeit" geführt.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei verunglückt.

Nach einer Meldung des „B. T." erlitt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, gestern durch einen unglücklichen Sturz beim Turnen einen schweren Unfall. Seine Verletzung am Kniegelenk machte seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich.

Erzberger aus dem Zentrum ausgeschlossen.

Entgegen einer in die Presse gegangenen Nachricht, daß Erzberger nicht aus dem Reichstagszentrum ausgeschlossen sei, wird aus München berichtet, daß Erzberger doch tatsächlich ausgeschlossen worden ist. Der Beschluß wurde vom Reichsausschuß der Zentrumspartei mit 47 gegen 11 Stimmen gefaßt.

Eine neue Forderung Frankreichs.

Die „Daily Mail" meldet aus Paris: Der französische Geschäftsträger in Berlin hat am 30. April Paris wieder verlassen. Er bringt nach Berlin eine neue Forderung Frankreichs, die deutschen Arbeitertransporte in das Wiederaufbaugebiet, mit denen Deutschland seit Monaten gleichfalls zögere, zu beschleunigen und bis Mitte Mai zur endgültigen Durchführung zu bringen.

Der Oberste Rat — internationales Regierungsorgan.

Paris, 3. Mai. Wie der Londoner Vertreter des „Temps" mitteilt, soll man in den Kreisen des Obersten Rates der Ansicht sein, dieser müsse ein internationales Regierungsorgan werden. Es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme der deutschen Delegierten in den Obersten Rat in Betracht gezogen werde, ebenso früher oder später die der Vertreter Rußlands. Dann würde neben dem Völkerbunde eine internationales Regierungsorgan aus den Ministerpräsidenten aller Staaten entstehen.

Die bedrohliche Lage im Industriegebiet.

Düsseldorf, 3. Mai. Im Hinblick auf die ernsten Zustände im Bezirk Düsseldorf hat sich die Interessengemeinschaft Düsseldorfer Arbeitgeberverbände neuerdings dringend telegraphisch an die Militärbehörde in Münster und an die Regierung gewandt, um die schleunige Belegung Düsseldorfs mit Reichswehrtruppen und staatlicher Polizei durchzusetzen. — Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet: Am Montag vormittag ist ein Regiment Reichswehr und eine größere Anzahl Sicherheitspolizei in Düsseldorf eingerückt. — Die städtischen Arbeiter haben der Stadtverwaltung von Düsseldorf in einem Ultimatum neue Lohnforderungen überreicht, deren Bewilligung sie innerhalb 24 Stunden verlangen, widrigenfalls mit dem Generalstreik gedroht wird. Die Forderungen würden für die Stadt eine Mehrbelastung von 28 Millionen Mark bedeuten und das Jahreseinkommen für einen Handwerker auf 17 500, für einen Straßenbahnschaffner auf 20 500 Mark erhöhen.

Dortmund, 3. Mai. Der Bürgerrat der Stadt Dortmund hat die Regierung benachrichtigt, daß er von großer Besorgnis um den Schutz der Ordnung und die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bevölkerung erfüllt sei. Kommunistische Elemente seien am Werk, die Bürgerschaft aufs neue mit Putschen zu überraschen. In der Stadt herrschen schwere epidemische Krankheiten als Folgeerscheinung der terroristischen Gewaltherrschaft.

Erregte Stimmung in Oppeln.

Oppeln, 3. Mai. Die überaus erregte Stimmung der hiesigen Bevölkerung hat die polnischen Vertreter der Abstimmungskommission sowie des polnischen Konsulats veranlaßt, aus Oppeln abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenwege zu verlassen. Das polnische Konsulat wurde unter dem Schutz französischer Truppen gestellt. In allen Stadtteilen kam es auch heute zu blutigen Zwischenfällen.

Mord durch Rotgardisten.

Freiherr v. Westerhold-Gysenberg auf Schloß Sythen, der gestern vor dem Kriegsgericht in Münster als Zeuge gegen den wegen Plünderung des Schlosses angeklagten Rotgardisten Susan auftreten sollte, wurde gestern morgen bei Sythen ermordet aufgefunden. Bereits vor einiger Zeit war angekündigt worden, daß 20 000 Mark von seiten der roten Armee auf seinen Kopf ausgesetzt seien.

Die polnische Armee in der Ukraine.

Nach Berliner Blättermeldungen soll die polnische Armee in Kiew einmarschiert sein.

Bevorstehender Abschluß der deutsch-lettischen Friedensverhandlungen.

Von lettischer Seite erfährt die „Dtsch. Allg. Ztg.", daß die deutsch-lettischen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß ständen und höchstwahrscheinlich zur Unterzeichnung eines Vorfriedens führen würden.

Generalstreik als Protest gegen die belgische Verwaltung.

Berlin, 4. Mai. Ein Teil der belgischen Presse sucht es so darzustellen, als sei der Generalstreik in den Kreisen Eupen und Malmedy ein Machwerk politischer Elemente, oder als würde er zur Erkämpfung wirtschaftlicher Forderungen geführt. Demgegenüber stellt die „Deutsche Allg. Ztg." fest, daß in dem Generalstreik der allgemeine Protest der Bevölkerung gegen die belgische Verwaltung zum Ausdruck kommt. Die Einwohner regen sich gegen die Art auf, wie von den Belgiern die Volksabstimmung gehandhabt wird.

Der Streik der französischen Eisenbahner.

Die Generalstreikbewegung der französischen Eisenbahner ist sehr ernst zu nehmen. Wenn auch der französische Minister der öffentlichen Arbeiten erklärt hat, in der Provinz sei von einer Streikbewegung überhaupt nichts zu bemerken, so sind die französischen Gewerkschaftskommissionen doch entschlossen, die Eisenbahner zu unterstützen und auch die Mannschaf-